

Astrid Lorenz (Hrsg.), Gert-Joachim Glaeßner, Europäisierung der inneren Sicherheit: eine vergleichende Untersuchung am Beispiel von organisierter Kriminalität und Terrorismus, Wiesbaden (VS, Verlag für Sozialwissenschaften), 2005.

Im Fokus der Forschungsarbeit stehen mögliche Auswirkungen der politischen Integration der Europäischen Union (EU) auf die Politik der inneren Sicherheit. Die Arbeit von Glaeßner und Lorenz untersucht am Beispiel von organisierter Kriminalität und Terrorismus, ob bzw. in welchem Umfang der besonders „souveränitätsgeladene“ Bereich der inneren Sicherheit europäisiert ist. Unter Europäisierung wird hierbei der Prozess der Verlagerung von politischen Entscheidungen von der nationalen auf die europäische Ebene verstanden.

Den Autoren zufolge beschränken sich analytische Beobachtungen von Sicherheitspolitik bisher zu sehr auf eine zumeist kriminologische, institutionenzentrierte oder politisch-ideologische Betrachtungsweise. Der Band möchte die bisherige Betrachtungsweise um einen sozialwissenschaftlichen Beitrag ergänzen, der neben formalem Institutionenwandel und materieller Politik auch die entscheidenden Akteure, die öffentliche Debatte sowie historisch-kulturelle Hintergründe von Sicherheitspolitik berücksichtigt.

Aus diesem Grund nehmen insgesamt zehn Fallstudien den größten Teil der Arbeit ein. Hierbei wird die Politik der inneren Sicherheit und nationale Besonderheiten der EU-Mitglieder Deutschland, Frankreich, Niederlande, Italien, Großbritannien, Spanien und Polen analysiert.

Um die beschränkte EU-Binnenperspektive zu verlassen, wird der Länderstudienteil abgerundet durch Norwegen, das zwar kein Mitglied der EU, aber des Schengener Abkommens ist, durch Russland als strategischen Partner der EU und durch die Türkei als EU-Beitrittskandidat. Den Länderstudien geht ein Einleitungsteil voraus, in dem neben zentralen Begrifflichkeiten das analytische Grundkonzept der Arbeit vorgestellt wird. Im Schlussteil der Arbeit wird auf die Entwicklung der Europäisierung der inneren Sicherheit anhand des empirischen Befundes aus den Länderstudien eingegangen. Dabei werden einzelne Aspekte herausgestellt, die zur weitergehenden Forschung anregen sollen.

Der erste Teil der Forschungsarbeit beginnt mit der Definition der klassischen und ureigensten Aufgabe des Staates: Sicherheit zu gewährleisten. Dazu gehört unter anderem der Schutz von Leib und Leben, der Freiheit, der Gesundheit und des Besitzes. Unter innerer Sicherheit wird bei Glaeßner und Lorenz „ein Minimum an Risiken im öffentlichen Raum eines nach außen hin begrenzten Gemeinwesens“ verstanden. Hierauf folgt eine Darstellung der integrationspolitischen Ereignisse seit 1995, als mit der Umsetzung des Abkommens von Schengen auf Kontrollen des grenzüberschreitenden Personenverkehrs zu anderen Schengenstaaten verzichtet wurde. Ein vergrößerter Aktionsradius von organisierter Kriminalität und Terrorismus ist eine logische Folge der Grenzöffnungen. Damit beschränkt die Durchlässigkeit von Grenzen die Fähigkeit von Staaten, Sicherheit zu gewährleisten. Um die Freiheiten der Unionsbürger

sicherzustellen, beschlossen die beteiligten Staaten daher im Vertrag von Maastricht eine verstärkte zwischenstaatliche Kooperation auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und der Justiz. Es ist den Autoren zuzustimmen, wenn sie kritisieren, dass im Bereich der inneren Sicherheit bisherige Beschlüsse der Politik nur zögerlich oder gar nicht umgesetzt wurden. Deutlich wird dies an den Folgen des 11. September 2001 oder im Anschluss an die Anschläge von Madrid im März 2004 bzw. London im Juli 2005: Jedes Mal wurde eine verstärkte Zusammenarbeit und ein besserer Austausch von Informationen versprochen, diese Zusagen wurden jedoch nie wirklich umgesetzt. Da bei entsprechender Implementierung letztlich der Kern staatlichen Souveränitätsrechts betroffen ist, bewerten die Autoren die institutionellen Antworten auf veränderte Bedrohungslagen im Bereich der inneren Sicherheit als schwierig und fragil. Exemplarisch ist hierfür die Einrichtung des Europäischen Polizeiamtes Europol, dessen Schaffung „einen Kompromiss zwischen Anhängern einer europaweiten Polizei und den Verfechtern nationaler Souveränität“ darstellt.

In den Länderstudien werden länderspezifische Besonderheiten hinsichtlich Vergangenheit, Gesetzgebung, Verfassungsgestaltung, Stand der Europäisierung sowie Trennung von Militär und Polizei untersucht. Auf Deutschland bezogen muss die These der Autoren, Deutschland habe sich durch die Europäisierung der Sicherheit zu einem Sicherheitsstaat entwickelt, kritisch betrachtet werden. Denn vergleicht man die für die deutschen Bürger geltenden Schutzbestimmungen ge-

genüber ihrem Staat mit den in England oder Spanien geltenden Schutzvorschriften – die vom Kampf gegen den Terror der IRA bzw. ETA geprägt sind – so sind in Deutschland bislang keine Zustände ähnlich einem Präventionsstaat erkennbar. Hinsichtlich der nationalen Sicherheitspolitik beinhalten die weiteren Länderstudien detailreiche und lesenswerte Darstellungen der jeweiligen Besonderheiten im Bereich innerer Sicherheit.

Aufbauend auf diesen empirischen Erkenntnissen soll der abschließende dritte Teil die gefundenen Erkenntnisse zusammenführen, wobei Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Europäisierung der inneren Sicherheit diskutiert werden. Da keine detaillierten Kriterien zur Bewertung der gefundenen Daten aufgestellt werden, weist der Analyseteil auf nur 25 Seiten eine geringere Strukturierung auf als der ausführlichere erste Teil der Arbeit. Hierdurch rücken die vergleichende Analyse und damit die Beantwortung der eigentlichen Forschungsfrage in den Hintergrund.

Trotz der knappen Analyse werden in diesem vergleichenden Teil aufschlussreiche Erkenntnisse zur inneren Sicherheit in den einzelnen Referenzländern geliefert. So ist mit Ausnahme von Norwegen in allen untersuchten Ländern ein nicht unerheblicher Anstieg von organisierter Kriminalität und Terrorismus festzustellen. Hierfür werden die Auflösung der Sowjetunion und die veränderten internationalen Machtstrukturen als begünstigende Faktoren angesehen. Obwohl in der EU bisherige Anstrengungen zur Kooperation oftmals zu immer konkreteren Handlungsrahmen für nationale Politik führten, kam es im Bereich der inneren Sicherheit

weder zu einer verstärkten Institutionalisierung, noch zur Schaffung eines einheitlichen Verständnisses von Sicherheitspolitik und damit verbundener Probleme. Selbst die politische Zielsetzung der Schaffung eines gemeinsamen Raums der Freiheit, Sicherheit und des Rechts hat keinen bedeutenden Schub zur Europäisierung der inneren Sicherheit bewirkt. Maßnahmen zur Europäisierung wurden viel mehr von äußeren Einflüssen wie Terroranschlägen oder Aktivitäten der Mafia geprägt als von Debatten oder Tatkraft auf politischer Ebene. Da die Öffentlichkeit die Verhinderung von Terroranschlägen begrüßt, haben präventionsorientierte Gesetzgebungen europaweit eine zunehmende Einschränkung von Freiheitsrechten bewirkt. Hier weisen die Autoren darauf hin, dass stets die Bedrohungssituation auf nationaler und nicht etwa auf europäischer Ebene als Grundlage der Gesetzgebung diente. Zudem wird festgestellt, dass bisherige Kooperationsmuster auf multilateraler Ebene, wie im Fall der Schengenstaaten, durch Europäisierung an Bedeutung verlieren bzw. auf die europäische Ebene verlagert werden. Um allerdings zu einer vollständigen Europäisierung im Bereich der inneren Sicherheit zu gelangen, müssten die Bürger ihre Erwartungshaltung weg vom eigenen Nationalstaat, gänzlich hin auf Europa richten. Der Vertrag von Lissabon wird diese Neuorientierung auf die europäische Ebene zwar nicht auslösen, aber zumindest befördern können.

Die vorliegende Arbeit als Forschungsergebnis einer Projektgruppe am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin und der Berlin Graduate School of Social Science ist aufgrund

ihrer detailreichen Länderstudien und trotz einiger analytischer Schwächen ein lesenswerter Beitrag zu einem weiterhin aktuellen Thema.

Julian Köhle

Stephan Böckenförde; Sven Bernhard Gareis (Hrsg.), Deutsche Sicherheitspolitik, Opladen & Farmington Hills (Verlag Barbara Budrich), 2009.

Der deutschen Sicherheitspolitik wird derzeit weder in Politik und Wissenschaft noch in der Gesellschaft große Aufmerksamkeit eingeräumt. Zwar führen kontroverse Themen wie Auslandseinsätze der Bundeswehr zu heftigen Diskussionen, allerdings beschäftigen sich diese weniger mit den Rahmenbedingungen, Instrumenten und Prioritäten deutscher Sicherheitspolitik sowie Deutschland als Akteur im internationalen System, so dass diese Debatte nur selten über die strategic community hinausgeht.

Dieser Sammelband soll eine Grundlage für den Einstieg in die Debatte schaffen. Er richtet sich in erster Linie an Studienanfänger, aber auch an Lehrende und an sicherheitspolitisch Interessierte. Jedes Kapitel schließt mit Literaturempfehlungen zur Vertiefung sowie weiterführenden Fragen, die es ermöglichen, das Gelesene noch einmal zu reflektieren. Der Band gliedert sich in vier Teile (Grundlagen, Instrumente/Handlungsfelder, Sicherheitspolitik in internationalen Institutionen, Perspektiven) mit insgesamt zwölf Kapiteln, die jeweils eine Einführung geben und einen Überblick über ein Thema vermitteln sollen. Die Beiträge behandeln im ersten Teil: Die Veränderung des Sicherheitsverständnisses (Stephan Böckenförde), Norma-

tive Grundlagen, Werte und Interessen deutscher Sicherheitspolitik (Michael Staack), Die Organisation der Sicherheitspolitik in Deutschland – Akteure, Kompetenzen, Verfahren und Perspektiven (Sven Bernhard Gareis); im zweiten Teil: Militärische Beiträge zur Sicherheit (Sven Bernhard Gareis), Innenpolitische Dimensionen der Sicherheitspolitik in Deutschland (Martin H. W. Möllers), Wirtschaft, Ressourcen, Umwelt und Sicherheit (Stefan Bayer), Entwicklungszusammenarbeit und aktive Krisenprävention (Andreas Grimm & Cord Jakobeit), Öffentliche Meinung und Sicherheitspolitik (Heiko Biehl & Jörg Jacobs); im dritten Teil: Die Europäische Union und die deutsche Sicherheitspolitik (Wilhelm Knelangen), Deutschland und die NATO (Olaf Theiler), Deutsche Sicherheitspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen (Johannes Varwick) und im letzten Teil: Die Zukunft der Sicherheit – Probleme, Herausforderungen und Lösungsansätze für die deutsche Sicherheitspolitik.

Stephan Böckenförde untersucht in seinem Beitrag die Veränderung des Sicherheitsverständnisses. Das Ende des Ost-West-Konflikts gilt als zentraler Wendepunkt, weg von einer Fixierung auf ein erkennbares staatliches Gegenüber und der Verteidigung der territorialen Integrität, hin zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff, mit der Abkehr von einer definierten Bedrohung. Böckenförde definiert Sicherheitspolitik, als „... Fähigkeitsentwicklung zum Schutz vor katastrophal-zerstörerischen Wirkungen.“ (S. 11). Bedrohungen entstehen durch Änderungen von Parametern der sozialen Umwelt und an diese müsse sich das Sicherheitsverständnis an-

passen. Um dem Erkenntnisgegenstand dieses Aufsatzes näher zu kommen, werden die Begriffe „Sicherheit“ und „Sicherheitspolitik“ eingeführt und definiert. Sie dienen im weiteren Verlauf als Grundlage. Böckenförde definiert den Territorialstaat als zentralen sicherheitspolitischen Akteur, an dessen Grenzen bisher das Territorium verteidigt wurde. Konflikte waren in der Regel symmetrisch. Zur Überwindung konfrontativer Strukturen bilden Staaten Bündnisse, um eine kooperative Sicherheitsgewährleistung zu erhalten. Die Vereinten Nationen werden als die wichtigste Institution genannt, die versucht, diesem Anspruch nachzukommen. Die zu Zeiten des Ost-West-Konflikts abgeschlossenen Verträge, die die Rüstungsdynamiken zwischen den Supermächten eindämmen sollten, waren ein weiterer Versuch, Sicherheitsgarantien zu schaffen. Deutschland verfolgte zu dieser Zeit die Strategie der Verteidigung innerhalb von Bündnissen und der Vertiefung der europäischen Integration. Ab 1990 erkennt Böckenförde eine Wende in der sicherheitspolitischen Strategie, die aufgrund von asymmetrischen Konfliktstrukturen und von Staatszerfall, einen Militäreinsatz außerhalb des eigenen Territoriums zulässt. Bedrohungen sind heute multidimensional, was eine Umorientierung der Sicherheitspolitik und besonders der Streitkräfte bedeutet. In seiner Zusammenfassung gibt Böckenförde drei Fragenkomplexe an, von deren Beantwortung die weltweite sicherheitspolitische Lage abhängen wird.

Andreas Grimm und Cord Jakobeit untersuchen im siebten Kapitel Entwicklungszusammenarbeit und

aktive Krisenprävention. Mit dem erweiterten Sicherheitsbegriff wurden Entwicklungszusammenarbeit und Krisenprävention Teil des sicherheitspolitischen Interesses. Grimm und Jakobeit stellen eine fortschreitende Denationalisierung fest, die sich zum einen durch Bündnisverpflichtungen und zum anderen durch „failing states“ (Zusammenbruch von Ordnungsstrukturen) bemerkbar macht. Vor diesem Hintergrund erhält der Begriff der Sicherheitspolitik neue Komponenten, die über den militärischen Charakter hinausgehen. Beide Attribute, Entwicklungszusammenarbeit und Krisenprävention, agieren Hand in Hand. Bei der Zusammenarbeit zielt man auf eine Verbesserung unter anderem der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Verhältnisse ab. Damit demokratische Konsolidierung gelingen kann, bedarf es einer Prävention oder Beendigung von Gewaltkonflikten. Der humanitäre Aspekt soll dabei im Vordergrund stehen. Historisch betrachtet kam es immer wieder zu Strategieänderungen in der Entwicklungshilfe. In den 1970er Jahren war man noch davon überzeugt, dass Unterentwicklung auf Kapitalmangel zurückzuführen sei und dass Entwicklung durch die Öffnung von Märkten stattfinden würde. In den 1980er Jahren ging man zu einer neoliberalen Strategie über, die allerdings schnell als unsozial verschrien wurde. Heute haben Begriffe wie „nachhaltige Entwicklung“ und „good governance“ Einzug in die Entwicklungspolitik erhalten. Bei der Entwicklungshilfe stößt man auf eine Vielzahl von Akteuren, die sowohl staatlicher wie nichtstaatlicher Natur sind. Problem bei der sogenannten „global governance“

ist die Koordinierung der einzelnen Akteure. Weiterhin gehen Grimm und Jakobeit auf mögliche Lösungsansätze ein und beschreiben wie die Politik diese umsetzen kann. Die Autoren weisen darauf hin, dass es keine einheitliche Strategie für Entwicklungszusammenarbeit und Krisenprävention gebe, sondern dass jeder Konflikt als Einzelfall betrachtet werden müsse, als Beispiel nennen sie die Ausschreitungen in Kenia 2008. Abschließend wird besonders darauf hingewiesen, dass die Chancen auf friedliche Entwicklung stark von der Langfristigkeit abhängen.

Im zehnten Kapitel befasst sich Olaf Theiler mit der NATO und Deutschlands Einbindung in die Atlantische Allianz. Zunächst geht Theiler ausführlich auf die Grundlagen der NATO ein und behandelt die Allianztheorie und die Organisationsstrukturen (politisch und militärisch). Im zweiten Teil soll anhand des Beispiels der Operation „Essential Harvest“, die 2001 in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien durchgeführt wurde, dargestellt werden, wie das Zusammenspiel der militärischen und politischen Strukturen funktioniert. Anschließend werden die Regeln und Akteure vorgestellt, unter denen die USA trotz des Einstimmigkeitsprinzips der NATO als wichtigster und mächtigster genannt wird. Auch nach Ende des Ost-West-Konflikts blieben ein Teil der ursprünglichen Aufgaben der NATO – transatlantische Bindung und ein Mindestmaß an kollektiver Sicherheit nach innen – erhalten, allerdings musste sich auch die NATO einer Transformation unterziehen. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen. Theiler untersucht anschließend das

Verhältnis Deutschlands zur NATO. Analysiert wird auch die schwierige Rolle Deutschlands im Rahmen von NATO-Einsätzen, die vor allem beim Afghanistan-Einsatz spürbar wurde. Abschließend geht Theiler auf das Beziehungsdreieck zwischen der NATO, Deutschland und Russland ein.

Im zwölften Kapitel wagen Stephan Böckenförde und Sven Bernhard Gareis einen Ausblick auf die Probleme, Herausforderungen und Lösungsansätze für die deutsche Sicherheitspolitik. Beide Autoren identifizieren als Bedrohungsherde die Entwicklungen im internationalen System, neue asymmetrische Konflikte und „failed states“. Die deutsche Sicherheitspolitik kann diesen Herausforderungen nicht allein begegnen, sondern ist auf die Integration in Bündnisse wie die EU, NATO und VN angewiesen. Deutschlands innenpolitische Entscheidungen müssen in Zukunft an diese Aufgaben angepasst werden, allerdings steht eine umfassende Strategiedebatte weiterhin aus.

Dem Sammelband von Böckenförde und Gareis gelingt es, die komplexen Zusammenhänge der deutschen Sicherheitspolitik auf einem nachvollziehbaren Niveau darzustellen und bietet daher einen guten Einstieg in die Problematik. Die einzelnen Aufsätze führen zuerst in die Grundlagen ein und gehen dann zu spezielleren Sachverhalten über. Die einzelnen Beiträge sind weitestgehend beschreibend und neutral verfasst. Das Buch wird seinem Anspruch als Grundlagen- und Überblickswerk gerecht.

Jasmin Mögeltönder

Stefanie Waske, Mehr Liaison als Kontrolle - Die Kontrolle des BND durch Parlamente und Regierung - 1955-1978, Wiesbaden (Verlag für Sozialwissenschaften), 2009.

Von der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen operiert der Bundesnachrichtendienst (BND) weitgehend im Geheimen, wären da nicht in unregelmäßigen Abständen die beunruhigenden Aufdeckungsartikel in der einschlägigen Presse zu lesen. Immer wieder wurden und werden Stimmen laut, die nach mehr Kontrolle der Geheimdienste verlangen. Das vorliegende Buch beschäftigt sich mit dem Thema der Kontrolle, wobei aber auch kritisch betrachtet wird, ob die kontrollierenden Abgeordneten diese auch wirklich ausüben und nicht am Ende persönlichen Interessen und dem Ausbau der eigenen Machtposition nachgehen.

Stefanie Waske wertet in ihrer Dissertation zahlreiche Materialien aus, die wie ein Puzzle zusammengefügt werden mussten, damit sie ein zusammenhängendes Bild ergeben (vgl. S. 15). Dazu zählen Puzzleteile wie persönliche Stellungnahmen des Altkanzlers Helmut Schmidt sowie nur für diese Arbeit im Status herabgestufte Protokolle zur Telefon-Abhöraffäre und zum Guillaume-Untersuchungsausschuss (vgl. S. 15).

Ausführlichkeit und Chronologie wurden in dieser Arbeit konsequent umgesetzt. Jede Handlung, jeder Beschluss wird mit mindestens einer Person in Verbindung gebracht, was beim Leser allerdings ein fundiertes Wissen über die jeweiligen Politiker und Privatpersonen voraussetzt bzw. ein Interesse für die Zusammenarbeit der Behörden u.a. mit Kanzlern, dem Chef des Kanz-

leramts und Abgeordneten. Nicht außer Acht zu lassen ist jedoch der offensichtliche Vorteil dieser Genauigkeit: Nur so wird es möglich, eine wissenschaftlich belegte Abfolge von Prozessen deutlich zu machen, die in den Jahren 1950 bis 1978 stattgefunden haben und die zur Beantwortung der Frage, ob zwischen dem Parlament, der Regierung und dem BND eher eine Liaison als eine Kontrolle besteht, beitragen.

Aufgeteilt in acht Kapitel wird die Veränderung der exekutiven und parlamentarischen Kontrolle von der Organisation Gehlen ausgehend über die jeweiligen Legislaturperioden der Bundeskanzler Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt und Schmidt aufgezeigt. So wird deutlich, wie weit der Weg vom Beschluss, die Organisation Gehlen am 11. Juni 1955 als Bundesbehörde zu übernehmen, bis hin zur Verabschiedung des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste am 9. März 1978 war.

Nach dem Beschluss, das parlamentarische Vertrauensmännnergremium 1955 mit der Kontrolle des BND zu betrauen, unterstellte Kanzler Adenauer den BND bald darauf direkt dem Kanzleramt. An den Instanzen wie dem „Büro-Krone“ oder den Chefs des Kanzleramts und an der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen wird deutlich, wie wichtig das Interesse des Kanzlers am BND für die Funktionstüchtigkeit der exekutiven Kontrolle war. Waske zeigt hier sehr deutlich, dass das Desinteresse von zum Beispiel Bundeskanzler Erhard zu einer wachsenden Eigendynamik des BND geführt hat bzw. andere Akteure stattdessen den Kontakt zum BND suchten, fanden und für sich nutzten (vgl. S. 130). Die

Untersuchungen der Mercker-, Hirsch- oder der Vierer-Kommission hatten zur Folge, dass beispielsweise die Anzahl der BND-Abteilungen verringert und die Aktenführung neu organisiert wurde.

Die parlamentarische Kontrolle wurde über das Vertrauensmännnergremium, einen Unterausschuss des Haushaltsausschusses und das G10-Gesetz vorgenommen. Die Probleme, die sich hieraus ergaben, waren etwa, dass das Vertrauensmännnergremium in sehr unregelmäßigen Abständen tagte, zeitweise gänzlich aussetzte (vgl. S. 84) und zudem vom Interesse der im Gremium vertretenen Abgeordneten abhing. Der Haushaltsausschuss wiederum hatte mit den sicherheitstechnischen Regelungen zu kämpfen, aufgrund derer im Prinzip nur die Möglichkeit bestand, die Vorschläge des Unterausschusses anstandslos durchzuwinken (vgl. S. 56 f.), was am Ende zu einem immens hohen Haushalt des BND (vgl. S. 257) und zu einer nahezu völligen Intransparenz führte. Am grundlegendsten verstärkte sich die Kontrolle aber durch die Untersuchungsausschüsse, die immer wieder Defizite zutage förderten, was schließlich, im Zusammenhang mit etlichen Fehlverhaltensvorwürfen, zum Gesetz über die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste führte.

Der BND war im gesamten Untersuchungszeitraum ähnlicher Kritik ausgesetzt: So kamen immer wieder Vorwürfe der Inlandsspionage und der Vetterwirtschaft (im Fall Gehlen) auf den Tisch, ebenso wie die NS belastete Vergangenheit einiger BND-Mitarbeiter und die teils schlechte Qualität von BND-Untersuchungen (vgl. S. 272). Dies alles konnte bis zum Abschluss

dieser Arbeit nicht ausgeräumt werden, was nicht zuletzt auf die Geheimhaltungspflicht des Auslandsnachrichtendienstes zurückzuführen ist. So kann auch kaum verwundern, dass selbst im Bundestag ebenso wie im Haushaltsausschuss unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit kritische Fragen unerwünscht waren.

Letztendlich stellt Stefanie Waske deutlich heraus, dass persönliche gute Beziehungen von Abgeordneten zum BND weitaus verbreiteter waren als die Ausübung einer tatsächlichen Kontrolle. So hatten auch viele Kontakte über die Mitgliedschaft im Bundestag hinaus Bestand und sorgten weiterhin für einen individuellen Informationsfluss.

Stefanie Waskes Dissertation ist eine umfangreiche, vor allem aber eine sehr detaillierte Arbeit, die primär für im Bereich der deutschen Politikgeschichte ab 1950 vorgebildete Leser empfehlenswert ist. Die Arbeit vermittelt Einblicke in eine Organisation, über die in der Regel kaum Informationen zu bekommen sind, was dieses Buch für alle Interessierten allemal lesenswert macht.

Sandra Muraska

Sandra Poppe, Thorsten Schüller, Sascha Seiler (Hrsg.), 9/11 als kulturelle Zäsur. Repräsentationen des 11. September 2001 in kulturellen Diskursen, Literatur und visuellen Medien, Bielefeld (transcript Verlag), 2009.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 werden auf unterschiedlichste Art und Weise von den Menschen verarbeitet. Zu untersuchen bleibt aber, inwiefern 9/11 als Zäsur bewertet werden kann. Dieser Sammelband von Bei-

trägen eines internationalen Symposiums aus dem Jahr 2008 befasst sich mit der Frage, ob eine Zäsur in Kultur, Kunst und Medien stattgefunden hat und wenn ja, wie diese sich äußert. Das Buch ist in drei Themenkomplexe unterteilt: „Kulturelle Diskurse“, „Literatur“ und „Visuelle Medien“.

Das erste Drittel des Buchs befasst sich vornehmlich mit theoretischen Ansätzen, wie mit dem von Thorsten Schüller, der 9/11 mit der Kulturtheorie in Verbindung bringt. Der Aufsatz „Kontrafaktische Kartierungen. Verschwörungstheorie und der 11. September“ von Karsten Wind Meyhoff hingegen beleuchtet das Phänomen der Verschwörungstheorien. Zur Verdeutlichung der Thematik verwendet Wind Meyhoff das Beispiel der amerikanischen 9/11-Wahrheitsbewegung (9/11 Truth Movement), die hauptsächlich im Internet agiert (www.911truth.org). Durch Volksnähe und Rückgriff auf offizielle Symbole soll hierbei Glaubwürdigkeit vermittelt werden, um ein möglichst breites Publikum anzusprechen. Das Vorgehen der Verschwörungstheoretiker habe zum Ziel, bestehende politische und institutionelle Systeme zu stürzen, indem das bestehende System und die daraus hervorgehenden Theorien und Ansätze kritisiert würden. Ursächlich für die Wahrheitsbewegung seien laut Wind Meyhoff, der Wunsch nach Veränderungen und Machtgier. Ein positiver Nebeneffekt sei jedoch, dass die Gesellschaft angehalten werde, kritischer im Umgang mit Medien zu sein. Auch können die Verschwörungstheorien als eine Form der Trauerarbeit verstanden werden (vgl. S. 78).

Im zweiten Abschnitt des Sammelbands werden Romane untersucht, die nach 9/11 geschrieben wurden und auch in den meisten Fällen direkten Bezug auf die Ereignisse des 11. September nehmen. Christina Ricklis Untersuchung amerikanischer Romane nach 9/11 soll zeigen, was die Traumatheorie über den in der amerikanischen Gesellschaft gefühlten Einschnitt nach dem 11. September 2001 aussagen kann. Ihre Analyse ergab, dass speziell die Romane aus der Perspektive eines Erwachsenen allesamt frühestens fünf Jahre nach den Terroranschlägen entstanden sind. Vorher sei keine direkte Auseinandersetzung mit der Thematik möglich gewesen. Eine Schlussfolgerung, die Rickli unter anderem aus ihrer literaturwissenschaftlichen Analyse zieht, ist, dass die Romane, für Autoren und Leser eine Plattform darstellen, die zur Verarbeitung und zum Ausleben von Traumata genutzt werden könnten (vgl. S. 118).

Exemplarisch für den dritten Abschnitt über visuelle Medien, soll hier auf den Beitrag von Thomas Waitz hingewiesen werden. Neben den anderen Beiträgen, die sich u.a. mit Fotografie, Theater und Comics beschäftigen, behandelt Waitz den Umgang der Filmindustrie mit dem Thema 9/11. Bemerkenswert ist, dass Hollywood Ereignisse, ähnlich denen des 11. September bereits vorweggenommen hatte. So waren die Terroranschläge wie ein Déjà-vu-Erlebnis zahlreicher Hollywoodproduktionen wie „Independence Day“, „Projekt: Peacemaker“ u.v.m., in denen die symbolträchtigen Türme des World Trade Center angegriffen wurden. Waitz will seiner These, dass die filmische Darstellung von 9/11

„notwendigerweise Fragen nach dem Status des Medialen verhandelt“ (vgl. S. 224) näherkommen, indem er zunächst auf Analysen von Slavoj Žižek und Jean Baudrillard verweist, anschließend allgemeine Überlegungen zum Status des Filmischen nach 9/11 behandelt, um danach seine These an filmischen Beispielen zu prüfen. Als Beispiele führt Waitz in seinem Aufsatz die Filme „25th Hour“ und „Reign Over Me“ an, die beide das Thema 9/11 von unterschiedlichen Seiten behandeln. In dem erstgenannten Film stehen die Terroranschläge nicht im Vordergrund, aber durch Andeutungen und die Empfindungen, die dem Zuschauer vermittelt werden sollen, wird auf sie angespielt. Im zweiten Film wird auf 9/11 direkt Bezug genommen: Die Filmhandlung spielt nach den tragischen Terroranschlägen auf das World Trade Center. Einer der Hauptcharaktere hat durch sie seine Familie verloren und lebt nun in einer für ihn veränderten Welt. Der Grundgedanke sei, dass durch das Kino das harte Schicksal des Hauptdarstellers für einen Moment vergessen gemacht würde und einem Glücksgefühl weiche. Dieser Film betrachte selbstreflektierend, die Möglichkeiten des Filmischen zu Krisenzeiten (vgl. S. 235).

Zusammenfassend handelt es sich um eine Sammlung von interessanten wissenschaftlichen Betrachtungen, die durch thematische Vielfalt auch für ein nicht-wissenschaftliches Publikum geeignet ist.

Sandra Muraska

Louise Richardson, Was Terroristen wollen. Die Ursachen der Gewalt und wie wir sie bekämpfen können, Frankfurt am Main (Campus Verlag), 2007.

Louise Richardson beschreibt die Motivation für das Verfassen ihres Buches selbst folgendermaßen: „Ich bin (...) von meinem akademischen Elfenbeinturm herabgestiegen, um in diesem Buch zu begründen, dass wir den Terrorismus nicht besiegen, indem wir jede Terrorbewegung zerschlagen“ (S. 19). Sie sieht die Anti-Terror-Strategien der US-Regierung nach dem 11. September 2001 sehr kritisch. Aus ihrer langjährigen Forschung schließt sie, dass der „war on terrorism“ den Terrorismus eher fördern werde. Die zentrale Ursache für den mangelnden Erfolg in der Terrorbekämpfung sei das zu geringe Wissen um Motivation und Denkweise der Terroristen.

Das vorliegende Buch will durch ein besseres Verständnis des Phänomens Terrorismus dem Leser die notwendigen Schritte zu seiner Eindämmung näher bringen. Zunächst beschäftigt sich die Autorin mit dem Wesen des Terrorismus, den Gründen für sein Entstehen, die Entwicklung von Terroristen und ihren Gruppen und untersucht Motivationen und Denkweisen. Im zweiten Teil des Buches geht sie dann der Frage nach, welche Folgen die Anschläge vom 11. September für die USA und insbesondere für ihre Anti-Terror-Politik hatten. Die Autorin legt hier ebenfalls dar, dass sie die Strategie der US-Regierung für falsch und welche Alternativen sie für sinnvoll hält.

Zunächst definiert Richardson das Phänomen des Terrorismus, benennt seine Merkmale und grenzt ihn von verwandten Phänomenen ab. Zur Fokussierung ihres Forschungsgegenstandes nimmt Richardson Eingrenzungen vor, die durchaus kritisch bewertet werden können: Sie definiert terroristische Gruppen

als grundsätzlich nichtstaatliche Akteure und reduziert das Phänomen des Terrors damit auf den Teilaspekt, der aktuell debattiert wird. Zwar beschreibt sie im Kapitel über die historische Entwicklung des Terrorismus auch das Phänomen des Staatsterrors, so dass der Beitrag staatlicher Institutionen und Akteure zur Entwicklung terroristischer Vorgehensweisen deutlich wird. Sie klammert aber u. a. die Frage aus, in welchem Verhältnis staatlicher und nichtstaatlicher Terrorismus zueinander stehen. Im Folgenden präsentiert die Historikerin die „Geschichte des Terrorismus“: Beginnend mit der Antike beschreibt sie, wie die verschiedensten Gruppen mit den unterschiedlichsten Motivationen und letztendlich auch der Staat zu terroristischen Mitteln griffen, um ihre Interessen durchzusetzen. Eingehend widmet sich die Autorin dann der Frage, was heute Terrorismus verursacht und wie Menschen zu Terroristen werden. Richardson analysiert dabei Terroristen immer als „normale“, in der Regel gesunde Menschen, die nicht auf Grund einer psychischen Krankheit oder eines „abnormalen“ Geisteszustandes Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ideale anwenden. Vielmehr sei das Zusammentreffen mehrerer, für sich nicht ungewöhnlicher Faktoren charakteristisch für die Mitglieder terroristischer Gruppen: Diese würden oft ein deutliches Schwarz-Weiß-Bild der Welt pflegen, sie identifizierten sich stark mit anderen – insbesondere notleidenden – Menschen und sie suchten oft nach Rache für Unglück, das sie in vielen Fällen nicht einmal selbst erlitten hätten. Weiterhin zeigt Richardson die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gründe für die Entstehung

terroristischer Gruppen auf. Dabei betont sie mehrfach, dass dafür nicht der einzelne Faktor – die Armut, die Religion, die politische Unterdrückung – kausal verantwortlich sei, sondern eine sehr unterschiedliche Mischung aus diesen. Den Wurzeln des islamisch-fundamentalistisch legitimierten Terrorismus wird entsprechend des aktuellen Interesses ein besonders langer Abschnitt gewidmet. Die Ziele terroristischer Gruppen werden schließlich unter den plakativen Stichwörtern „Rache, Ruhm, Reaktion“ zusammengefasst. Terrorismus ziehe seine Motivation oft aus dem Unrecht, das an anderen Menschen begangen wurde, Terroristen würden sich so als Rächer anderer Unterdrückter sehen. Das Streben nach Ruhm – anstatt nach materiellen Gütern – hebe den Einsatz von Gewalt für ein höheres Ziel auf eine moralisch akzeptablere Ebene. Und schließlich diene die Gewalt immer dazu, Reaktionen anderer – entweder eines anderen Akteurs in dem Konflikt oder zumindest der Öffentlichkeit – herauszufordern. Schließlich geht Richardson im letzten Kapitel des ersten Teils der Frage nach der Motivation von Selbstmordattentätern nach.

Im zweiten Teil des Buches wendet sich Richardson den Ereignissen vom 11. September 2001 und deren Bedeutung für die USA zu. Zunächst beschäftigt sie sich mit den Gründen für die so nachdrückliche Reaktion der amerikanischen Regierung auf die Anschläge und führt dann ihre Kritik am „war on terrorism“ aus dem Einleitungskapitel weiter aus. Staaten seien im Kampf gegen Terroristen meist nur dann erfolgreich gewesen, wenn sie die Spielregeln der Menschenrechte außer Kraft setzten und dem

Terror der nichtstaatlichen Gruppen den Terror durch den Staat entgegensetzten, wie am Beispiel verschiedener lateinamerikanischer Militärregime deutlich werde. Wollte ein Staat Terrorismus durch den Einsatz von Soldaten bekämpfen, so müsse er sich Richardson zufolge immer Mitteln bedienen, die in demokratischen Staaten grundsätzlich nicht akzeptabel seien. Diesem Weg setzt die Autorin schließlich sechs Regeln für einen erfolgreichen Kampf gegen Terrorismus entgegen. Insbesondere die erste Regel knüpft dabei an das an, was schon zu Beginn des Buches aus der Geschichte des Terrorismus deutlich wird: Im Kampf gegen den Terrorismus müsse man sich vertretbare und erreichbare Ziele setzen und sich von der Illusion verabschieden, den Terrorismus als Phänomen auszurotten. Der Glaube, man könne den Terrorismus ein für allemal abschaffen, bedeute eine große Gefahr, denn wie die Geschichte zeige, hätten gesellschaftliche Konflikte ebenso wie ideologische und religiöse Motivationen zu allen Zeiten dazu geführt, dass Menschen zu den Mitteln des Terrorismus griffen. Insofern sei es wichtig, den Kampf gegen den Terrorismus nicht als eine einmalige Schlacht, sondern als eine dauerhafte Herausforderung für alle friedliebenden Gesellschaften zu begreifen.

Louise Richardson beschreibt das Phänomen des Terrorismus ebenso anschaulich und packend wie differenziert. Weil sie den Fokus auf die Akteure legt, gewinnen „ihre“ Terroristen an menschlicher Dimension, lösen sich aus der bedrohlichen abstrakten Masse – und werden damit angreifbar. Richardson leistet so nicht nur einen Beitrag zur

Diskussion um die sinnvolle Bekämpfung des Terrorismus, sondern ihr Buch ist selber ein Baustein in diesem Kampf: Ohne die Gefahr, die von Terroristen ausgehen kann, zu verharmlosen, nähert sie sich dem Phänomen in unaufgegriffener, angemessener Weise und macht damit deutlich, dass Anschläge wie die vom 11. September 2001 nicht den Untergang der Zivilisation bedeuten, wie es uns angesichts der Gegenreaktion von Seiten der US-Regierung manchmal erscheinen mochte.

Judith Lennartz

David Cortright und Georg A. Lopez (Hrsg.), *Uniting Against Terror – Cooperative Nonmilitary Responses to the Global Terrorist Threat*, Cambridge u.a. (The MIT Press), 2007.

Einerlei ob das World Trade Center, eine Diskothek auf Bali, Vorortbahnen in Madrid, eine Synagoge in Istanbul oder der öffentliche Nahverkehr in London – die Spur des sogenannten „neuen“ Terrorismus zieht sich über die ganze Welt und spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ist Al-Qaida zum Synonym dieses „neuen“ Gewaltphänomens geworden. Und dies obwohl Al-Qaida durch die Angriffe der USA auf Ausbildungslager in Afghanistan und die terroristische Führungselite ihre gesamte organisatorische Infrastruktur verlor und seitdem mehr eine fundamentalistisch-gewalttätige Ideologie darstellt, deren neueste Generation über den gesamten Globus verteilt ist und die ursprüngliche Organisation lediglich aus den Medien kennt. So hatten die Attentäter von Madrid und London lediglich lose bis gar keine Verbindungen zu Al-Qaida.

Die entscheidende Frage, die sich auch David Cortright und Georg A. Lopez in ihrem Sammelband „Uniting Against Terror“ stellen, ist: Wie kann die internationale Staatengemeinschaft dieses globalen Problems Herr werden? Die Antwort der USA fiel nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 eindeutig aus: Der damalige Präsident Georg W. Bush erklärte den „war on terror“. Die europäische Lösung hingegen sieht den Terrorismus als kriminellen Akt, dem juristisch zu begegnen ist. Unilateral kann jedoch keiner der beiden Ansätze zum Erfolg führen. Der moderne Terrorismus ist ein globales Phänomen und erfordert eine globale Antwort. Für Cortright und Lopez ist Kooperation der Schlüssel im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Nur gemeinsam – so ihre grundlegende These – können die Staaten erfolgversprechende Konzepte entwickeln und verwirklichen. Mehr noch: Wie der Titel des Sammelbandes bereits verrät, ist für die Autoren nicht nur staatliche Kooperation entscheidend für den Sieg gegen den Terrorismus, sondern auch die politisch-ökonomische Ausrichtung der Anti-Terrorstrategien. „Countering this multifaceted and complex threat requires a broadly cooperative effort [...]“ (S. 2).

Ziel dieses Sammelbandes von Cortright und Lopez ist es nicht, nur die Probleme im Kampf gegen den internationalen Terrorismus aufzuzeigen, sondern vielmehr einen differenzierten Überblick über die Erfolge und Defizite internationaler Kooperationsmodelle bisheriger Anti-Terrorprogramme zu geben. Die Beiträge reichen von einer Betrachtung des UN-Counter-Terrorism-Committee (Kapitel

2: Cortright, Lopez, Millar, Gerber-Stellingwert) und des Völkerrechts im Antiterror-kampf (Kapitel 3: Rossand, Millar) über multilaterale Strategien gegen Libyen (Kapitel 4: McNamara) und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen (Kapitel 5: Millar, Ipe) bis hin zur Arbeit der Financial Action Task Force (Kapitel 6: Gardner) und dem Modell der Europäischen Union zur Terrorbekämpfung (Kapitel 7: Bures, Ahern).

Eric Rosand und Alistair Millar bieten in ihrem Beitrag „Strengthening International Law and Global Implementation“ eine kritische Analyse des Antiterrorprogramms der Vereinten Nationen. Überschneidungen, Doppelungen und mangelnde Ressourcenausstattung sind nach Ansicht der Autoren die größten Probleme der UN-Bemühungen. Die Vereinten Nationen haben im Kampf gegen den Terrorismus eine Vielzahl unterschiedlicher Antiterrorerichtungen, wie das Counter-Terrorism Committee oder das Office on Drugs and Crime/ Terrorism Prevention Branch ins Leben gerufen. So wurden nicht nur Institutionen geschaffen, die unterschiedlichen UN-Institutionen zur Rechenschaft verpflichtet sind, sondern den Mitgliedstaaten auch die Pflicht auferlegen, den jeweiligen Antiterrorkomitees Bericht zu erstatten. All das führt – so die Autoren – zur Ineffizienz der Antiterrormaßnahmen der Vereinten Nationen und macht eine Reform unabdingbar. „A new organizational entity dedicated to combating terrorism and freed from the UN’s political and institutional limitations may be needed [...]“ (S. 74).

Eine der zentralen Erkenntnisse des vorliegenden Sammelbandes ist jedoch auch,

dass militärische Maßnahmen dem internationalen Terrorismus nicht Einhalt gebieten, ja sogar kontraproduktiv sein können. In ihrer abschließenden Betrachtung „Strategies and Policy Challenges for Winning the Fight Against Terrorism“ (S. 237ff) unterscheiden Cortright und Lopez zwischen zwei „Zielgruppen“ für Antiterrormaßnahmen: dem zentralen Kern an Terroristen und der großen Gruppe an Sympathisanten. Aus dieser Unterscheidung ergibt sich zwangsläufig eine Differenzierung der einzusetzenden Gegenmaßnahmen. Während den gewaltbereiten Terroristen nur mit Verteidigungsmaßnahmen und kurzfristigen polizeilichen oder militärischen Mitteln entgegengetreten werden kann, erfordert die zweite, größere Gruppierung eine langfristige politisch-ökonomische Strategie (vgl. S. 262). Ziel dieser Kombination aus Zwangs- und Präventivmaßnahmen ist es, bereits radikalisierte, aktive Terroristen auszuschalten und gleichzeitig ihren gewalttätigen Ideologien den Nährboden zu entziehen und so das „Nachwachsen“ neuer Terroristen zu verhindern. „Democracy, human rights, and economic opportunity are the antidotes to terrorism [...]. The struggle against terrorism is ultimately a political battle. It is not a military campaign [...]“ (S. 267)

Cortright und Lopez geben in ihrem Sammelband „Uniting Against Terror – Cooperative Nonmilitary Responses to the Global Terrorist Threat“ Einsicht in die Probleme und Herausforderungen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Das Buch erfüllt die gestellte Aufgabe, einen differenzierten Überblick über die Erfolge und Defizite internationaler Kooperations-

modelle bisheriger Antiterrorprogramme zu geben, sehr gut und ist eine empfehlenswerte Einstiegslektüre. Allerdings scheint – zumindest aus kontinentaleuropäischer Sicht – die Schlussfolgerung der Autoren, dass auf lange Sicht nur internationale Kooperation und eine politisch-ökonomische Strategie zum Sieg über den Terrorismus führen können, ziemlich offensichtlich. Unglücklicherweise bleibt das Buch an dieser Stelle weiterführende Überlegungen und konkrete politische Empfehlungen schuldig.

Dennis Bangert

Daniel Lambach, Staatszerfall und regionale Sicherheit, (Internationale Beziehungen, Band 10), Baden-Baden (Nomos), 2008.

Bewaffnete Konflikte sowie humanitäre Krisen fordern stets aufs Neue die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und führen zu Diskussionen in der nationalen und internationalen Politik. Der Zusammenbruch eines Staates, mit Auswirkungen auf der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ebene, bedroht nicht allein die Sicherheit der einheimischen Bevölkerung. Als Brutstätte für Drogenhandel und organisierte Kriminalität sowie als Auslöser von Flüchtlingsströmen stellt der Zerfall eines Staates ein Sicherheitsrisiko dar, mit dessen Folgen sich besonders die Nachbarstaaten konfrontiert sehen.

Die Konsequenzen für das regionale Umfeld des kollabierenden Staates untersucht der Autor Daniel Lambach in seiner 2008 publizierten Dissertation. Der besondere Blickwinkel auf regionale Effekte soll eine Weiterentwicklung der Staatszerfallsforschung ermöglichen und somit neue

politische Handlungsansätze formulieren helfen.

Als Ausgangspunkt wählt Daniel Lambach den Begriff des Staates, der im Verlauf der Geschichte bereits auf unterschiedlichste Weise definiert wurde. Für seine Untersuchung arbeitet er einen Staatsbegriff in Anlehnung an Max Weber heraus, in welchem ein Staat sich primär durch seine Monopolstellung in den Bereichen Gewalt, Recht und Abgaben kennzeichnet. Der Verlust dieser Monopole ist damit charakterisierend für eine fortgeschrittene Destabilisierung des Staatsapparates.

Besonders in Thesen von Joel Migdal, denen zufolge der Staat in Konkurrenz zu anderen sozialen Verbänden tritt und um die Kontrolle innerhalb der Gesellschaft kämpft, wird die besondere Relevanz der gesellschaftlichen Beziehungen während eines Staatszerfalls offensichtlich: Der Staat verliert seine exklusive Herrschaftsmacht und wird von nichtstaatlichen Akteuren, wie Warlords und deren privaten Netzwerken, verdrängt. Der zunehmende Verlust der inneren Souveränität, der sich im Aufkommen dieser konkurrierenden Machttakteure äußert, ist jedoch kein hinreichender Indikator für einen Staatskollaps. Die internationalen Beziehungen richten sich nach völkerrechtlichen Bestimmungen, denn auch jener Staat, der vom Bürgerkrieg geschüttelt ist und in dem Aufständische die Autorität der Regierung in Frage stellen, bleibt vorerst als Staat bestehen, seine Grenzen und seine Souveränität bleiben unangestastet. Eine Unterscheidung zwischen diesen beiden Blickwinkeln, also der souveränen Autorität nach außen und einer souveränen Herrschaftsmacht nach innen, ermög-

licht die Forschung Robert Jacksons und Carl Rosbergs, auf welche Lambach an dieser Stelle verweist. Die empirische Staatlichkeit wird dabei von der juristischen Staatlichkeit getrennt; die empirische Staatlichkeit knüpft an das Vorliegen der Staatsmerkmale Webers an, während sich die juristische Staatlichkeit allein durch die völkerrechtliche Anerkennung eines Staates durch die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft kennzeichnet.

Entscheidend ist die Trennung vor allem in einer Hinsicht. Das Zusammenbrechen eines Staates ist und war niemals ein abrupter Umbruch oder ein Wechsel von Staat zu Nicht-Staat. Oftmals gehen lange Phasen von Verfallsprozessen voraus, durchaus von Phasen staatlicher Konsolidierung durchbrochen, in denen die empirische Staatlichkeit geschwächt wird, die juristische Staatlichkeit aber ohne Zweifel weiterhin besteht. Aufgegriffen wird diese Entwicklung in der Definition des Begriffes Staatszerfall als „gegenläufiger Prozess von Entmonopolisierung und Privatisierung“ (S. 54).

Lambach entwickelt im Folgenden zwei typische Entwicklungen staatlicher Zerfallsprozesse, die er durch Fallstudien illustriert. So dient die fortschreitende Zersplitterung des politischen Spektrums im Libanon von 1975 bis 1989 zur Darstellung des ersten Typs, der Fragmentierung der Politik. Ebenso wie in Ruanda, Tadschikistan, Angola und einigen weiteren Konfliktzonen werden einzelne Gruppen entlang ethnischer, religiöser, regionaler oder anderer Konfliktlinien politisiert und in Folge wachsenden Misstrauens schließlich militarisiert. Durch ein Machtgleichgewicht der

Akteure und fehlende Kompromissbereitschaft in einer Situation, in der jede Gruppe gleichermaßen Führungsansprüche formuliert, versagen die staatlichen Institutionen und Strukturen vollständig. Der Staat kollabiert.

Die Privatisierung des Staates und die Verlagerung der Herrschaftsmacht und Entscheidungsgewalt werden unter anderem an den Beispielen Somalias, Ugandas und Albaniens untersucht und repräsentieren den zweiten Typus eines Staatszerfalls. Getrieben vom Wunsch der Selbstbereicherung werden alle Ressourcen durch einen einzelnen Machthaber in einen parallel existierenden Schattenstaat umgeleitet. Die formellen Entscheidungsstrukturen des Staates werden im Zuge seiner autokratischen Politik durch quasifeudale Beziehungen und Günstlingspolitik ersetzt. Obgleich diese Machtverlagerung zu einer Aushöhlung des Staates führt und die formellen Strukturen funktionsunfähig werden, weiß der Monokrat sie doch zu seinem Vorteil zu nutzen: Mit der Inszenierung einer „show of state“ (S. 102), der scheinbaren Aufrechterhaltung einer staatlichen Architektur, sichert er sich internationale Akzeptanz, oft auch Unterstützung wirtschaftlicher oder humanitärer Art. Nur wenn auch seine personalisierten Netzwerke zusammenbrechen, also formelle und informelle Strukturen gleichermaßen versagt haben, kann der Schein einer funktionierenden Staatlichkeit nicht länger aufrechterhalten werden. So führt auch diese Entwicklung zum Zusammenbruch.

Inwieweit gefährden diese beiden Prozesse nun aber gezielt die Stabilität benachbarter Staaten? In einem ersten Schritt stellt Lambach pro-

minente Sicherheitstheorien mit ihren Konzeptionen von Staat und Sicherheit einander gegenüber. Anhand eines tabellarischen Vergleichs wird daraufhin ihre Tauglichkeit für eine Anwendung in der Dritten Welt, insbesondere im Untersuchungsgebiet Westafrika, illustriert. Der Ansatz Mohammed Ayoobs, das Maß an Sicherheit im Staat definiere sich insbesondere durch die institutionelle Stabilität eines Staates, scheint den Zusammenhang erfolgreich erklären zu können, der erkennbar zwischen abnehmender Stabilität staatlicher Institutionen und wachsender regionaler Instabilität besteht.

Art und Ausmaß der regionalen Vernetzungen untersucht Lambach entlang der sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Dimensionen, in denen sich ein Konflikt manifestiert. Die Solidarisierung mit Konfliktbeteiligten im Nachbarland oder ein Zusammengehörigkeitsgefühl nach Arbeitsmigration oder Flucht führt zu einer sozialen Vernetzung der Akteure über die meist durchlässigen Staatsgrenzen hinweg. Die Umgehung der staatlichen Infrastrukturen und Exportrouten verhindert eine Kontrolle der wirtschaftlichen Ausdehnung des Staatsverfalls. Die Bildung von Konfliktökonomien, so auch die Weiterverbreitung von Waffen oder Nachschublieferungen, erweist sich in vielen Fällen als profitabel für Anrainerstaaten oder angrenzende nichtstaatliche Gruppen und forciert so ein Übergreifen der Symptome des Verfallsprozesses auf die umliegende Region. In der militärischen Dimension verstärkt sich dieses Übergreifen durch grenzüberschreitenden Rekrutierungen, Rückzugs-

bewegungen oder Plündereien.

In einem letzten großen Untersuchungsabschnitt werden die theoretischen Vorüberlegungen anhand von Fallbeispielen des subsaharischen Afrikas überprüft und ausgewertet. Dabei gelingt eine klare Analyse, in der die entscheidenden Faktoren mit den historischen Gegebenheiten und erarbeiteten Modellen verknüpft werden. So lässt sich der rote Faden durch jedes Kapitel, gleichsam vom theoretischen Konzept bis zur praktischen Verwertung an den Beispielen von Liberia, Sierra Leone und Cote d'Ivoire, eingängig verfolgen.

Verweise auf die gegenwärtige Literatur, mögliche zukünftige Forschungsansätze sowie politische Handlungsansätze schließen die Untersuchung ab. Auch weiterhin gilt es, das Zusammenbrechen von Staaten und die regionale Interaktion von Konflikten im Blick zu behalten. Es entstehen zunehmend „Zonen des Staatszerfalls“ (S. 280), denen vielfach die Instabilität ganzer Regionen folgt. Angesichts der ständigen Gefahr der Konfliktausweitung und der daraus resultierenden internationalen Dynamiken bleibt das Thema des Staatszerfalls auch weiterhin im Fokus der internationalen Öffentlichkeit sowie der wissenschaftlichen Forschung.

Charlotte Lueff

Jochen Hippler, Das gefährlichste Land der Welt? Pakistan zwischen Militärherrschaft, Extremismus und Demokratie, Köln (Kiepenheuer & Witsch), 2008.

Jochen Hippler schlägt mit dieser Arbeit eine Schneise durch den Dschungel der medialen Berichterstat-

tung über die verschiedenen Machtzentren, Konflikte und Reibungspunkte in diesem multiethnischen Land. Seiner diffizilen Aufgabe widmet sich der Autor mit mancher persönlichen Pointierung. Er geht dabei bis zu den historischen Wurzeln der von Widersprüchen gezeichneten pakistanischen Nation zurück: Einerseits ein wirtschaftlich aufstrebendes Land mit demokratischen Neigungen, die nicht erst seit den Wahlen 2008 zu erkennen sind, andererseits ein in sich zerrissenes Nest von Extremisten, das Al Qaida und den Taliban einen „sicheren Hafen“ bietet. Die aktuellen Spannungen und der befürchtete Staatskollaps der Nuklearmacht Pakistan, so die Ausgangsthese Hipplers, erfahren durch den religiösen Fundamentalismus lediglich eine Multiplikation, die eigentlichen Ursprünge der gegenwärtigen Instabilität liegen jedoch in der Regierungszeit der ersten islamistischen Militärdiktators General Zia ul-Haq.

Der Autor leitet den historischen Teil mit drei Feststellungen zur Geschichte des jungen und zugleich uralten Landes ein: Entweder wurde Pakistan a. durch den Norden dominiert oder es zerfiel in b. regionale Kleinstaaten oder es ließ sich c. als Teilstaat eines großen Zentralstaats beherrschen. Mit dieser Klassifizierung fällt es dem Leser leichter, der Retrospektive Hipplers bis mehrere tausend Jahre v.u.Z. zu folgen.

Ende des 18. Jh. hielten es die Briten, die bereits mit der Ost-Indien-Kompanie ein Handelsmonopol errichtet hatten, aus strategischen Erwägungen für notwendig, militärisch in den Norden vorzustoßen und ab 1857 die Verwaltung über ganz Indien zu übernehmen. Dies wirkte sich auch auf die

Armee aus, in der fortan die Bevölkerungsgruppe der Punjabis dominierte.

Die Abspaltung von Indien und die Unabhängigkeit Pakistans 1947 erhielten erst durch eine religiöse Aufladung breite Zustimmung, da anfangs lediglich die säkulare Elite aus Machtinteresse für die Alleinstaatlichkeit plädierte. Die Staatsgründung war laut Hippler mit einer Vielzahl von Problemen belastet, vor allem der räumlichen Trennung von West- und Ostpakistan und einer innenpolitischen Instabilität, hervorgerufen durch die einsetzende Migration zwischen Indien und Pakistan. 1958 übernahm erstmals ein Militär die Regierung, weitere drei Militärdiktaturen und durch Wahlen legitimierte, fragile Regierungen wechselten einander ab. Das Regime lehnte sich anfangs an die USA an, suchte jedoch im Zuge der pakistanisch-indischen Konfrontation ab 1965 die Nähe zum Nachbarn China. Die ersten freien Parlamentswahlen im Jahre 1970 leiteten die Spaltung des Landes ein; aus dem vormaligen Ostpakistan ging 1971 das heutige Bangladesh hervor.

Der vorerst letzte Militärdiktator dankte 2008 ab. Ob Pakistan die neue Chance zur Entwicklung einer funktionierenden Demokratie ergreifen wird, hängt von vielen Unwägbarkeiten ab, denen sich Hippler im zweiten Teil seines Buches zuwendet. Er ist dem Land, d.h. der Wirtschaft und Gesellschaft, den Provinzen und Regionen Pakistans gewidmet.

Trotz beeindruckender Wachstumsraten ist Pakistan aufgrund seiner traditionellen Fokussierung auf die Landwirtschaft ein ökonomisches Entwicklungsland, das erst durch internationale Un-

terstützung zu prosperieren begann. Neben den punjabischen Feudalherren, punjabisch-paschtunischen Militärs und Muhajir-Bürokraten existiert eine große, ungebildete Unterschicht, die Entwicklung einer prosperierenden Mittelschicht wurde politisch oft unterbunden und kam erst in jüngster Zeit voran. Ein großes Problem stellt für Pakistan daneben die rasante Urbanisierung dar. Die ethnische Vielfalt zeigt sich an den zahllosen Sprachen und Dialekten. Das einende Band sollte bei der Gründung ein möglichst zentralisierter Staat für alle Muslime Indiens sein, jedoch entdeckt man bei der Betrachtung der 96 Prozent Muslime in Pakistan, welche Bandbreite an Strömungen vorkommen, die ihrerseits Regionalismen auslösen. Hippler ergänzt die Vielfalt der theologisch bestimmten konfessionellen Zugehörigkeiten durch die Identifizierung unterschiedlicher Bedeutungen, die Gott in der Realität islamischen Lebens einnimmt, wobei das Spektrum von einer buchstabengetreuen Koranauslegung bis hin zu einem Verständnis des Islam als Teil der eigenen Kultur mit Verbindlichkeit vor allem in ethischer Hinsicht reicht.

Die Heterogenität des Landes mit seinen 170 Millionen Einwohnern wird auch in der Darstellung der Provinzen und Regionen – Punjab, Sindh, Belutschistan, North Western Frontier Province und die sogenannten Stammesgebiete – deutlich. Sie unterscheiden sich dramatisch hinsichtlich ihres Entwicklungsstandes, ihrer Erschließung, ihres ökonomischen Erfolges, der (fehlenden) Kontrolle durch die Zentralregierung und des Grades an demokratischer Partizipation. Das „freie Kaschmir und die Nördlichen Terri-

torien werden völkerrechtlich nicht zum pakistanischen Staatsgebiet gerechnet. Aufgrund ihrer strategischen Bedeutung liegt die tatsächliche Macht in den Nördlichen Territorien zumindest informell beim Militär“.

Den politisch wissbegierigen Leser dürfte vor allem der dritte Teil des Buches interessieren, der mit „Die Krise – Militärherrschaft, Gewalt und Islam“ überschrieben ist. Im Mittelpunkt der Analyse steht der allgegenwärtige Militarismus in Pakistan. Vor allem der Kaschmirkonflikt zog Pakistan in seiner langen Geschichte in zahllose Kriege und Krisen mit dem Nachbarn Indien. Das Image des Militärs in der Gesellschaft lässt sich nach Hippler zwischen „korrupten Räubern“ und „sozialen Wohltätern“ verorten, wobei die sozialen Stiftungen hauptsächlich auf die Privilegierung der militärischen Elite abzielen. Infolge seiner verfassungsmäßigen Unterordnung unter die gewählten, zivilen Regierungsinstanzen befand sich das Militär des Öfteren im Interessenkonflikt zwischen Loyalität zum politischen Oberbefehlshaber und Konservierung der Position des Militärs. Darum begründete das Militär seine Staatsstriche zumeist mit dem nationalen Interesse und der innenpolitischen Stabilisierung des Landes. Spätestens seit dem Afghanistankrieg 2001 wurde dem Militär eine Nähe zu den „Gotteskriegerern“ nachgesagt. Hippler erteilt dieser Spekulation eine Absage, da sich das Offizierscorps vor allem an institutioneller Disziplin orientiert.

Seit der Intervention der USA und der NATO in Afghanistan nach den Anschlägen des 11. September 2001 stellen die westlichen Medien die politische Gewalt in Pakistan

überwiegend als Auseinandersetzung zwischen „radikal-islamischen“ Gruppen und „säkularen gemäßigten“ Kräften dar. Mit dieser Vereinfachung räumt Hippler dankenswerterweise auf. Seine Darstellung der unterschiedlichen Konfliktlinien und Gewalterde, insbesondere der Gewalt in der Nordwestprovinz, belegt eindringlich das dramatische Ausmaß der Krise, in der sich das Land befindet, und zeigt überdies, wie kompliziert die Verbindung des religiösen Radikalismus zur politischen Gewalt ist.

Dem Zusammenhang von Islam, Extremismus und säkularer Politik widmet Hippler ein eigenes Kapitel, in dem die starke säkulare Tradition Pakistans herausgearbeitet wird. Es existieren zwar viele religiöse Parteien; sie wurden aber nie wirklich von der Gesellschaft als politische Kraft verinnerlicht. Die beiden größten religiösen Parteien, die Jamiat-Ulema-i-Islam (JUI) und die Jamaat-i-Islami (JI) setzten sich in der Vergangenheit wiederholt für Demokratie und Diplomatie ein. Eine pauschale Verunglimpfung der religiösen Politiker als gewaltbereite Extremisten ginge laut Hippler völlig an der Realität vorbei. Als Urheber der in den letzten Jahren dramatisch angewachsenen politischen Gewalt identifiziert der Autor vielmehr kleine Gruppen, die sich von den beiden großen Parteien abgespalten haben und sich durch Kampferfahrungen ihrer Aktivisten in Afghanistan und Kaschmir radikalisierten. Ein überraschender Befund ist hierbei, dass nur ein Viertel der Jihadisten eine religiöse Schulung in einer der zahlreichen Medressen erfahren hat, es sich bei der Mehrzahl also um Menschen aus der Mitte der Gesellschaft

handelt, die keineswegs eine religiöse Gehirnwäsche durchlaufen haben. Hippler weist darauf hin, dass dieser Befund Rückschlüsse auf das Mobilisierungspotenzial der jihadistischen Gruppen zulässt – durchaus ein Grund zur Beunruhigung. Auf der anderen Seite präsentiert Hippler die säkularen Kräfte als weit weniger demokratisch, als sie im Westen oft dargestellt werden, und als weitaus gewaltanfällig, als es westliche Regierungen wahrhaben wollen. So förderte der Geheimdienst ISI Jahrzehnte lang substaatliche religiöse Akteure bei der Infiltrierung Kaschmirs und im Kampf um Ost-Pakistan. Die säkularen Parteien waren durch die verschiedenen Regierungskoalitionen mit religiösen Parteien an der Radikalisierung der Lage indirekt beteiligt oder protegierten diese gar wie im Falle der Taliban. Die Instrumentalisierung religiöser Diskurse durch opportunistische Kräfte aus dem säkularen Lager wertet Hippler nicht als Indiz für eine Erstarkung extremistischer religiöser Tendenzen, sondern als Hinweis auf den hochgradig opportunistischen und machiavellistischen Charakter der pakistanischen Innenpolitik. Die Gefahr einer extremistisch-religiösen Machtübernahme durch Wahlen oder mittels revolutionärer Gewalt schließt er mehr oder weniger aus.

Infolgedessen sind die Prognosen des Autors zur Zukunft des Landes weit weniger alarmistisch als vielerorts in populären Darstellungen nachzulesen. Überraschend, aber durchaus folgerichtig lautet denn auch ein zentraler Befund der Studie, dass die politische und staatliche wie auch die gesellschaftliche Stabilität Pakistans im Kern nicht gefährdet sind, ja: dass ein

Problem Pakistans gerade in einem Übermaß an Stabilität bestehe, da der gesellschaftliche Wandel nicht ausreichend und rasch genug in den Wandel politischer Strukturen umgesetzt werde. Dennoch: Auch die aus Gewalt resultierende Instabilität habe bisher den Kern der Staatlichkeit nicht erschüttert. Pakistan sei daher, so Hipplers Schlussfolgerung, kein scheiternder und schon gar nicht ein gescheiterter Staat.

Jochen Hipplers Buch entführt den Leser zu den Ursprüngen des Landes, ohne jedoch seine Fokussierung auf die heutige Krise zu verlieren. Der Autor kann seine Faszination für dieses Land nicht wirklich verhehlen. Es sind aber genau diese Momente, welche das Buch von einer einfachen Abhandlung unterscheiden. Das Unbekannte, vermeintlich so Fremde, Undemokratische und Fundamentalistisch-religiöse erscheint dem aufgeklärten, säkularen Europäer plötzlich vertraut, wenn Hippler von vorgeschobenen Argumenten und opportunistischen Politikerentscheidungen schreibt. Natürlich ist es schwierig, ein islamisches Entwicklungsland mit dem postmodernen Europa zu vergleichen und man kann nicht umhin, sich die Augen zu reiben, wenn Hippler immer wieder die säkulare Tradition Pakistans betont und im Gegensatz zu den gängigen Klischees die Sache umdreht: Hier der religiöse Demokrat, dort der säkulare Autokrat.

Natürlich lässt sich aus diesem Befund Hipplers keine Garantie dagegen ableiten, dass aus dem Bodensatz an Gewalt und lokaler Instabilität nicht doch Triebkräfte entstehen, die Pakistan zu einem failing state machen könnten. Doch eine Reihe er-

mutigender Entwicklungen dürfte dem entgegenwirken: Hippler nennt hier den Prestigeverlust des Militärs, die Hinwendung der vormals parasitären mächtigen Familien zu modernem Unternehmertum und die Erstarkung der Mittelschichten. Insbesondere auf diese kann sich die Hoffnung stützen, dass Pakistan nicht länger Geisel unfähiger und korrupter Politiker bleibt, sondern Rechtsstaatlichkeit und Demokratie an Boden gewinnen. Insofern mag, wie Hippler feststellt, das Land am Scheideweg stehen, doch als das gefährlichste Land der Welt, wie der Buchtitel insinuiert (immerhin mit Fragezeichen), erscheint Pakistan denn doch nicht.

Niklas Ott

Heiko Flottau, Die Eiserne Mauer. Palästinenser und Israelis in einem zerrissenen Land, 222 S., Berlin (Ch. Links), 2009.

Eigentlich hatte der Journalist Heiko Flottau, als er 1996 als Korrespondent der Süddeutschen und der Baseler Zeitung nach Kairo ging, die leise Hoffnung, über die Gründung eines kleinen palästinensischen Staates berichten zu können. Doch heute, 13 Jahre und einen fortwährenden Abnutzungskrieg später, bewegt ihn der vorletzte „traurige Höhepunkt“ (S. 13) im Nahost-Konflikt zum Schreiben dieses Buches: die Eiserne Mauer.

Über 700 Kilometer zieht sich der Koloss aus Beton, Sicherheitszäunen, Sperranlagen und Wachtürmen durch Israel, zerreißt das Land und trennt Palästinenser und Israelis. Flottau geht in seinem Buch den Weg der Mauer historisch zurück und rekonstruiert die Idee des Abgrenzungswalls, die lange vor dem ersten Spatenstich zum Bau

der Mauer im Westjordanland entstanden war. Im Jahr 1923 prophezeit der Zionist Wladimir Jabotinsky in seinem Werk „Die Eiserne Mauer“ die Notwendigkeit einer Abschirmung, da die einheimischen Palästinenser einer Ansiedlung von Zuwanderern niemals zustimmen würden. Jabotinskys Gedanken sollten Generationen von israelischen Politikern prägen, bis schließlich 2002 in der Amtszeit Ariel Scharons seine Prophezeiung realisiert wurde. So dient Jabotinskys Denkschrift auch der Namensgebung dieses Buches, durch das sich die Mauer ähnlich zieht wie über die Hügel und Täler des Westjordanlandes. Die Mauer soll offiziell die israelische Bevölkerung vor Selbstmordattentaten schützen, verbleibt aber nicht an der „grünen Linie“, sondern frisst sich in das Land der Palästinenser hinein, windet sich wie eine Schlange an den Siedlungen vorbei, verstößt wegen Landnahme gegen das Völkerrecht, schränkt die Bewegungsfreiheit stark ein und hinterlässt dabei nicht nur grauen Beton, sondern neue Aussichts- und Hoffnungslosigkeit bei den Palästinensern und vielleicht auch Melancholie beim Leser dieses Buches.

Flottau bereitet den Konflikt zunächst historisch auf, ohne dabei jedoch streng chronologisch vorzugehen. Er möchte vergessene Geschehnisse vom Beginn des 20. Jahrhunderts ins Gedächtnis rufen und stellt dabei die Siedlerbewegung in den Mittelpunkt. Die Anfänge des Zionismus mit Herzls Vorstellungen eines „Judenstaates“ werden ebenso thematisiert wie die ersten Einwanderungswellen und die offizielle Gründung der Siedlerbewegung im Jahr 1974. Der geschichtliche Abriss reicht bis heute und ver-

mittelt auch Nahost-Laien eine nachvollziehbare Übersicht. Auf dieser historischen Basis schaffen Flottaus Schilderungen zwar Empathie für die jüdische Siedlerbewegung, doch auf sein Verständnis, stoßen sie nicht. „Das ganze Land ist Geisel eines Grüppchens von Siedlern, die [...] den Willen der Mehrheit missachten“ (S. 42), so formulierte es der ehemalige Knesset-Sprecher Avraham Burg. Für den Architekten Sharon Rotbard bilden die Besiedlung des alten Palästinas und die damit verbundene „Architektur, ebenso wie der Krieg, die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ (S. 76 f.) Und auch für Hannah Arendt kann das Problem zwischen Juden und Arabern nicht mit der „unnachgiebigen Haltung der Revisionisten“ (S. 96) gelöst werden. Es sind Zitate wie diese, die Flottau immer wieder in seine Analyse einfließen lässt. Viele, insbesondere israelische Wissenschaftler und Journalisten, lässt er zu Wort kommen und schafft damit eine Basis für eine kritische Auseinandersetzung mit der israelischen Politik, fernab eines undifferenzierten Anti-Israelismus.

Am Ende jedes Kapitels, die sich neben bereits Genanntem mit der Flüchtlingsproblematik, dem Widerstand und dem Bruderkampf der Palästinenser sowie den gescheiterten Friedensprozessen auseinandersetzen, bietet der Autor einen kleinen Exkurs an. Er nutzt die Zeilen, um mit Reportagen und Interviews aus seiner Zeit als Nahost-Korrespondent oder durch Artikel seiner Kollegen Hintergrundinformationen über beispielsweise den christlichen Zionismus oder Israels Kampf mit der Hamas zu geben. Ferner nimmt das Schicksal der Palästinenser und Israelis

am Beispiel von Personen Gestalt an: Alifa Jussif berichtet von ihrem Haus in Hebron, das von israelischen Siedlern unter Androhung ihrer Vertreibung teilweise zerstört wurde. Chizky Loonstein half nach Selbstmordanschlägen beim Zusammentragen der Leichenteile, um eine angemessene jüdische Bestattung zu ermöglichen. Und Issa Sara versucht zwar die Selbstmordattentate zu erklären, verurteilt sie aber im Namen vieler Palästinenser und spiegelt damit auch die Gedanken des Autors wider. Doch bei all seinem Widerwillen gegenüber solchen Taten palästinensischer Freiheitskämpfer liegt für Flottau „die eigentliche Ursache dieser palästinensischen Katastrophe [...] in der Weigerung Israels, [...] Frieden mit den Palästinensern zu schließen.“ (S. 154) Aber was bleibt nach solchen Worten und einer hoffnungslosen israelisch-palästinensischen Geschichte? Es bleibt der hoffnungsvolle Gedanke an kritische israelische Geister wie Avraham Burg und Shlomo Sand, die einen Wandel und eine Loslösung der Israelis aus der Umklammerung der Shoa und eine Gleichberechtigung für die Palästinenser fordern. Es bleibt aber auch der deprimierende Gedanke an den „überflüssige[n] Krieg“ (S. 198) in Gaza (2008/2009), dem Flottau sein Nachwort widmet und mit dem er seinen erhofften palästinensischen Staat vorerst (wieder einmal) zu Grabe tragen muss. Der Leser hat am Ende Empathie und Verständnis für das komplizierte Gefüge der beiden Gesellschaften, ihre Abgrenzungen voneinander wie ihre Fixierungen aufeinander, hinzugewonnen, gleichzeitig wurde ihm jedoch auch die asymmetrische Ausweglosigkeit von Gewalt und Gegen-

gewalt zu Lasten der Palästinenser demonstriert.

Jessica Noll

Frank Otto, Der Nordirlandkonflikt. Ursprung, Verlauf, Perspektiven. München (Verlag C. H. Beck), 2005.

Im Vorwort zu seinem Überblicksband über den Konflikt in Nordirland weist Frank Otto auf die Bedeutung der Existenz zweier unterschiedlicher nationaler und religiöser Identitäten innerhalb eines geographischen Raums für diesen Konflikt hin. Die Beschäftigung mit den Folgen der Existenz unterschiedlicher Identitäten innerhalb eines territorialen Gebiets ist weit über die Grenzen Nordirlands von Bedeutung, wenn man sich die Diskussionen über eine europäische Identität oder über die Frage nach dem Selbstverständnis Deutschlands als Einwanderungsland vergegenwärtigt. Insofern stehen Ottos Beobachtungen auch exemplarisch für aktuelle Probleme in Europa abseits des eigentlichen Konflikts in Nordirland.

Auch wenn der jahrzehntelange, äußerst gewalttätige Konflikt seit dem sogenannten Karfreitags-Abkommen im Jahre 1998 endlich zur Ruhe gekommen ist und sich die Sicherheitslage nach der Regierungsbildung 2007 noch einmal deutlich verbessert hat, lässt sich daraus noch kein abschließendes Urteil über ein endgültiges Ende des Konflikts ableiten. Ein wichtiger Faktor in der weiteren Entwicklung dieses Konflikts könnte laut Otto die demographische Veränderung werden, die vermutlich in absehbarer Zeit dazu führe, dass die bisherige protestantische Bevölkerungsmehrheit gegenüber den katholischen Einwohnern zur Minderheit

wird. Die britische Regierung habe eine Loslösung Nordirlands vom Vereinigten Königreich und eine Vereinigung mit der Republik Irland aber immer von der Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit abhängig gemacht. Insofern könnte der Konflikt in Nordirland – der einer der ältesten und langlebigsten ethnischen Konflikte überhaupt in Europa ist – also allein durch die demographische Entwicklung in einigen Jahren wieder an Brisanz gewinnen.

Nicht zuletzt hierin liegt also die Aktualität der kurzen, zusammenfassenden Beschreibung der Geschichte und der aktuellen Lage in Nordirland, die Otto in seinem Band liefert. Dieser ist in vier Teile gegliedert, welche sich wie folgt aufteilen: Im ersten Teil geht Otto auf die Entstehung des inter-konfessionellen Gegensatzes in Irland ein. Er erläutert anhand eines kurzen historischen Überblicks über die Entstehungszeit des Konflikts im ausgehenden Mittelalter, welche Faktoren dazu beigetragen haben, dass sich anders als im übrigen Europa keine gemeinsame nationale Identität zwischen den beiden unterschiedlichen christlichen Konfessionen entwickelt hat und beschreibt damit die Entstehung des innersten Kerns des Konflikts. Im zweiten Teil folgt dann eine Darstellung der Entwicklungen seit Ende des 19. Jahrhunderts, die zur Teilung der Insel in die unabhängige Republik Irland und den zum Vereinigten Königreich gehörenden Teil Nordirland führten. Außerdem werden die erste Jahrzehnte der Selbstverwaltung Nordirlands bis in die 1960er Jahre und damit die Zeit vor der Eskalation des Konflikts beschrieben. Im dritten Teil beschreibt Otto den Ausbruch des Konflikts Ende der 1960er

Jahre, die Bürgerrechtsbewegung der Katholiken, die 1969 in schwere Gewaltausbrüche mündete, und das Ende der nordirischen Selbstverwaltung, ein Versuch der britischen Regierung, durch direkte Herrschaft über Nordirland den Konflikt einzudämmen, der aber während der 1980er Jahre nur zu einem Dauerkonflikt zwischen den verschiedenen terroristischen Gruppen und dem Staat führte. Das abschließende Kapitel widmet sich schließlich der Entwicklung des Friedensprozesses in den 1990er Jahren und zeigt die verschiedenen Schwierigkeiten auf, mit denen sich die nordirische Gesellschaft auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden nach dem Karfreitags-Abkommen konfrontiert sah.

Frank Otto ist mit seiner kleinformatigen, 160 Seiten knappen Zusammenfassung des Konflikts in Nordirland ein praktisches Einstiegs- und Nachschlagewerk gelungen, das sich schnell und einfach liest: Es eignet sich sowohl für diejenigen, der sich einen ersten, kompakten Überblick verschaffen will als auch für Kenner, die noch einmal etwas zum Verlauf der nordirischen Geschichte nachschlagen wollen. Die einzige Schwierigkeit, die sich für Laien des nordirischen Konflikts ergeben kann, ist die Dichte an Informationen über die verschiedenen Akteure. Angesichts der Knappheit der Beschreibungen kann man bei den vielen Interessengruppen, Parteien und Einzelpersonen, die in schneller Folge die historische Handlung bestimmten durchaus schon einmal den Überblick verlieren.

Judith Lennartz

Klimaberichterstattung



Klimakatastrophe oder Katastrophenklima?

Die Berichterstattung über den Klimawandel
aus Sicht der Klimaforscher

Von Senja Post

2008, 209 S., brosch., 22,- €,

ISBN 978-3-8329-4354-7

(medien SKRIPTEN, Bd. 51)

Der Klimaschutz ist zum politischen Glaubensbekenntnis geworden. Doch wie beurteilen Klimaforscher die Sachlage? Was sind die Ursachen des Klimawandels? Wie zuverlässig sind Klimaprognosen? Wie sollten wir auf den Klimawandel reagieren? Und was halten die Klimaforscher von der Klimaberichterstattung der Massenmedien?

Diese Fragen werden auf der Basis einer Repräsentativbefragung von 133 deutschen Klimaforschern beantwortet. Die Ergebnisse zeigen: Der Wissensstand der Klimaforschung ist erstens längst nicht so eindeutig wie es in der öffentlichen Debatte erscheint. Die Wissenschaftler halten die Klimaberichterstattung zweitens überwiegend für sensationalistisch und die dargestellten Sachverhalte für grob vereinfacht. Trotzdem verzeichnen die Klimaforscher drittens eine starke Wirkung der Klimaberichterstattung auf den Forschungsprozess und auf die Forschungsförderung in der Klimaforschung.

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger.



Nomos

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder
versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de